

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung mit Antwort

Anfrage der Abgeordneten Marco Brunotte, Kathrin Wahlmann, Andrea Schröder-Ehlers (SPD) sowie Belit Onay und Helge Limburg (GRÜNE), eingegangen am 25.02.2014

Die Neuordnungen der Vollzugslandkarte in Niedersachsen und ihre Auswirkungen

In den letzten Jahren wurden mehrere Justizvollzugsanstalten bzw. Abteilungen von Justizvollzugsanstalten in Niedersachsen geschlossen. Unter dem Eindruck zurückgehender Häftlingszahlen und zusätzlicher Haftplätze durch die Inbetriebnahme der neuen Anstalten in Oldenburg, Sehnde und Rosdorf gab es Handlungsoptionen. So wurden z. B. die Anstalten in Stade, Holzminden, Bückeburg und Cuxhaven geschlossen. Mit zwei größeren Neuordnungen der Vollzugslandkarte in Niedersachsen wurden die meisten dieser strukturellen Maßnahmen vorgenommen. Kleinere oder auffällige Standorte wurden aufgegeben, Vollstreckungspläne geändert und Bedienstete anderen Standorten zugeordnet. Die Schließungen fanden auch statt, um die Belegung der teilprivatisierten JVA Bremervörde garantieren zu können.

In den niedersächsischen Justizvollzugsanstalten gibt es 6 583 Haftplätze. Davon waren am 30.11.2013 nach Auskunft der Landesregierung 4 989 Plätze belegt. Deshalb hat die Landesregierung eine weitere Neuordnung der Vollzugslandkarte präsentiert. Diese soll in den Kontext vorheriger Maßnahmen gestellt werden.

In Kenntnis dieser Tatsachen fragen wir die Landesregierung:

1. Nach welchen Kriterien wurden die zu schließenden Standorte ausgewählt?
2. Welche Justizvollzugsanstalten bzw. Abteilungen von Justizvollzugsanstalten sind seit dem Jahr 2008 geschlossen worden?
3. Wie viele Haftplätze sind jeweils durch die Schließung abgebaut worden (bitte getrennt nach Anstalten bzw. Abteilungen aufschlüsseln)?
4. Wie hoch waren die jeweiligen Einsparungen durch die Schließung, und in welchen Hauptaufwandsarten traten diese ein (bitte getrennt nach Anstalten und Abteilungen aufschlüsseln)?
5. Wie wurden die Bediensteten der betroffenen Anstalten über die Schließungsabsichten informiert?
6. Wie wurden die Bediensteten der betroffenen Anstalten bei der Suche nach neuen Arbeitsstätten bzw. der beruflichen Neuorientierung unterstützt?
7. Welche Anschlussverwendungen wurden für die Bediensteten (Beamte, Angestellte, Anwärter, Beschäftigte mit befristeten Verträgen) der jeweils betroffenen Anstalten gefunden?
8. Welche Nachnutzung wurde für die jeweiligen Standorte gefunden, und welche Erlöse wurden durch die Verwertung erzielt (bitte getrennt aufschlüsseln)?
9. Wie viele Haftplätze waren bei Auftragsvergabe für die ÖPP-Anstalt Bremervörde in Niedersachsen nicht belegt?

(An die Staatskanzlei übersandt am 28.02.2014 - II/725 - 636)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Justizministerium
- 4402 I - 301.196 -

Hannover, den 02.04.2014

Namens der Landesregierung beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu 1:

Anlass für die Neuordnung der Vollzugslandkarte 2008 war die geplante teilprivatisierte Justizvollzugsanstalt in Bremervörde. Für das Personal auf staatlicher Seite wurden 83 Beschäftigungsvolumina benötigt, die durch Schließung vorhandener Vollzugsstandorte verlagert werden sollten. Um Überkapazitäten zu vermeiden, sollten zudem für die geplanten 300 neuen Haftplätze in Bremer-vörde 300 vorhandene Haftplätze abgebaut werden.

Seit 2005 gehen die Gefangenenzahlen kontinuierlich zurück. 2010 war absehbar, dass über die ursprüngliche Schließungsliste hinaus weitere Vollzugsstandorte geschlossen werden konnten. Obwohl Mehrfachunterbringungen abgebaut, Einzelunterbringungen ausgebaut und Hafräume durch Zusammenlegungen erweitert wurden, führte der Rückgang der Gefangenenzahlen zu einer konzeptionell und wirtschaftlich unbefriedigenden Auslastung der Justizvollzugsanstalten. Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung im Januar 2014 ein Konzept für die Schließung weiterer Standorte vorgestellt, das u. a. den bewährten Kriterien Regionalität und Wirtschaftlichkeit (Abbau des Sanierungsstaus) folgt.

Zu 2 und 3:

Seit 2008 sind folgende Justizvollzugseinrichtungen geschlossen worden:

Maßnahme	Zeitpunkt	Haftplätze
Schließung der Abteilung Gifhorn der JVA Braunschweig	31.08.2009	44
Schließung der Abteilung Holzminden der JVA Rosdorf	31.12.2009	40
Schließung der Abteilung Peine der JVA Braunschweig	31.12.2009	14 (Jugendarrest)
Schließung der Abteilung Königslutter der JVA Wolfenbüttel	31.12.2009	33
Schließung der Abteilung Alfeld der JVA für Frauen	31.01.2010	11
Schließung der Jugendarrestanstalt Bückeburg der JA Hameln	31.12.2011	40 (Jugendarrest)
Schließung der Abteilung Bad Gandersheim der JVA Rosdorf	31.12.2012	26
Schließung der Abteilung Cuxhaven der JVA Oldenburg	31.12.2012	24
Schließung der Abteilung Achim der JVA Vechta	31.12.2012	32
Schließung der Abteilung Stade der JVA Uelzen	31.03.2013	28
Schließung der Abteilung Gerichtsstraße der JVA Oldenburg	31.12.2013	71

Zu 4:

In den in der Antwort zu 2 und 3 genannten Justizvollzugseinrichtungen waren durchschnittliche jährliche Personal- und Sachkosten des Kapitels 11 05 in folgender Höhe gebunden:

Standort	Personalkosten*	Sachkosten
Abteilung Gifhorn	360 000 Euro	110 400 Euro
Abteilung Holzminden	360 000 Euro	85 700 Euro
Abteilung Peine	360 000 Euro	37 800 Euro
Abteilung Königslutter	360 000 Euro	49 100 Euro
Abteilung Alfeld	460 000 Euro	38 000 Euro
Abteilung Bückeburg	920 000 Euro	80 000 Euro
Abteilung Gandersheim	760 000 Euro	64 000 Euro
Abteilung Cuxhaven	340 000 Euro	48 000 Euro
Abteilung Achim	360 000 Euro	58 400 Euro

Standort	Personalkosten*	Sachkosten
Abteilung Stade	620 000 Euro	143 200 Euro
Abteilung Gerichtsstraße	1 040 000 Euro	95 000 Euro

* (angenommener kap. -spezif. Durchschnittssatz von 40 000 Euro)

Im Personalhaushalt waren Einsparungen nach dem mit dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008 ausgebrachten Haushaltsvermerk bei Kapitel 11 05 vorzunehmen. Dieser lautete wie folgt: „56,00 kw nach Schließung der durch die Umsetzung des ÖPP-Projektes betroffenen Einrichtungen.“ Dieser Haushaltsvermerk ist mit dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 vollzogen worden.

Die übrigen freigesetzten personellen Ressourcen sind genutzt worden für

- die personelle Besetzung der JVA Bremervörde,
- die mit dem Gesetz zur Neuregelung des Vollzugs der Unterbringung in der Sicherungsverwahrung in Niedersachsen geforderte bessere personelle Ausstattung,
- den Ausbau der Sozialtherapie,
- die mit dem Niedersächsischen Justizvollzugsgesetz gesetzlich geforderte bessere personelle Ausstattung des Wohngruppenvollzugs der Jugendanstalt Hameln,
- den Ausbau des Jugendarrestvollzugs sowie
- die Erhöhung der Personalkapazität im Justizwachtmeisterdienst der Gerichte zur Einführung von Einlasskontrollen.

Im Sachhaushalt sind Einsparungen nach dem bei Kapitel 11 05 Titel 546 62 ausgebrachten Haushaltsvermerk vorzunehmen. Dieser lautet wie folgt: „Mit der Inbetriebnahme der JVA Bremervörde werden Einsparungen im Sachhaushalt des Bereichsbudgets realisiert, die sich aus dem Wegfall von mindestens 300 Haftplätzen in anderen Einrichtungen ergeben. Die Höhe der abzusetzenden Sachaufwendungen wird nach der Kosten- und Leistungsrechnung ermittelt.“ Vorgesehen ist, die abzusetzenden Sachaufwendungen nach einem vollen Betriebsjahr der JVA Bremervörde zu ermitteln.

Zu 5:

Am 14.10.2008 ist das Konzept zur Neuorganisation des Justizvollzuges in Niedersachsen in einer vertraulichen Dienstbesprechung den Anstaltsleiterinnen und Anstaltsleitern vorgestellt und Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden.

Am 10.11.2008 hat der Justizminister das Konzept der Presse vorgestellt und am darauf folgenden Tag schriftlich in einer Pressinformation bekannt gegeben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der betroffenen Justizvollzugseinrichtungen sind zeitgleich von den jeweiligen Anstaltsleitungen informiert worden.

Zu 6 und 7:

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind zu ihren Verwendungswünschen befragt worden. Diese Wünsche konnten im Regelfall berücksichtigt werden; gegen den Willen der Bediensteten sind keine Abordnungen oder Versetzungen erfolgt. Insbesondere bei den über mehrere Jahre im Voraus bekannten Schließungen konnten durch eine vorausschauende Personalplanung soziale Härten vermieden und neue Einsatzmöglichkeiten im Justizvollzug gefunden werden.

Von der Schließung der Abteilung Gerichtsstraße waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit befristeten Arbeitsverträgen betroffen. Deren Arbeitsverträge sind erfüllt worden. Betriebsbedingte Kündigungen sind nicht ausgesprochen worden, sodass besondere Unterstützungen bei einer beruflichen Neuorientierung nicht notwendig waren.

Zu 8:

Liegenschaft	Nachnutzung
Abteilung Gifhorn der JVA Braunschweig	Verkauft im August 2009; Nachnutzung durch den Landkreis Gifhorn; Verkaufserlös 190 000 Euro.
Abteilung Holzminden der JVA Rosdorf	Seit 01.01.2013 Nachnutzung durch das Amtsgericht Holzminden.
Abteilung Peine der JVA Braunschweig	Zurzeit Nachnutzung durch das Amtsgericht Peine.
Abteilung Königslutter der JVA Wolfenbüttel	Verkauft im Oktober 2010; Nachnutzung durch den neuen Erwerber (endgültiges Nutzungskonzept wird noch erarbeitet); Verkaufserlös 180 000 Euro.
Abteilung Alfeld der JVA für Frauen	Wird zurzeit umgebaut, danach Nutzung durch das Amtsgericht Alfeld.
Jugendarrestanstalt Bückeberg der JA Hameln	Verwertungsverfahren läuft; verschiedene Besichtigungstermine mit Kaufinteressenten haben bereits stattgefunden.
Abteilung Bad Gandersheim der JVA Rosdorf	Verwertungsbemühungen zunächst zurückgestellt, da zurzeit eine Nachnutzung durch das Amtsgericht Bad Gandersheim und/oder das Amtsgericht Seesen geprüft wird.
Abteilung Cuxhaven der JVA Oldenburg	Dauerhafter Bedarf des Amtsgerichts Cuxhaven (Archiv).
Abteilung Achim der JVA Vechta	Dauerhafter Bedarf des Amtsgerichts Achim (Archiv).
Abteilung Stade der JVA Uelzen	Dauerhafter Bedarf des Amtsgerichts und des Landgerichts Stade (Archiv, Vorführzellen, Büroräume).
Abteilung Gerichtsstraße der JVA Oldenburg	Zukünftige Nutzung ist zurzeit noch offen; möglicherweise kommen Umbau und Nachnutzung für die Justiz im Gerichtsviertel in Betracht.

Zu 9:

Im Monat der Auftragsvergabe für den Bau der JVA Bremervörde (Oktober 2010) waren im niedersächsischen Justizvollzug 7 104 Haftplätze vorhanden, die im Monatsdurchschnitt mit 5 555 Gefangenen belegt waren.

In Vertretung

Wolfgang Scheibel